



Rathaus Umschau

Mittwoch, 19. März 2025

Ausgabe 54

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder Push-Nachricht
unter muenchen.de/ru-abo*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Management des öffentlichen Straßenraums beschlossen	3
› Neuer XXL-Radlogistik-Hub	4
› Pilotprojekt „Schulstraßen“ startet	6
› Münchner Tanzpreis für Zufit Simon	7
› „Rechtsruck und kein Ende?“: Diskussion zur Lage nach der Wahl	8
› Jugendversammlung in Hadern	8
Antworten auf Stadtratsanfragen	9
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Donnerstag, 20. März, 18 Uhr, Google München, Erika-Mann-Straße 33

Der Referent für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Christian Scharpf, spricht zur Eröffnung der neuen Veranstaltungsreihe „Strukturwandel Meet-Up“. Das Veranstaltungsformat wurde vom Fachbereich Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung des Referats für Arbeit und Wirtschaft initiiert und bietet eine Plattform für interdisziplinären Austausch zu Themen rund um die Entwicklung des Münchner Arbeitsmarkts. Sie richtet sich an Akteure des lokalen Arbeitsmarkts, die vom Strukturwandel betroffen sind: Sozialpartner, Unternehmen, Verwaltung, Politik, Gewerkschaften, Fachöffentlichkeit und Wissenschaft. 2025 stehen beim „Strukturwandel Meet-Up“ die doppelte Transformation – die Digitalisierung einschließlich des Einsatzes von KI und die ökologische Wende – sowie ihre Auswirkungen auf den Münchner Arbeitsmarkt im Fokus.

Freitag, 21. März, 19 Uhr, Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32

Oberbürgermeister Dieter Reiter und Kulturreferent Anton Biebl sprechen Grußworte im Rahmen des Festakts zum 20-jährigen Bestehen des Kulturzentrums Trudering. Seit 2005 ist das Kulturzentrum der Ort für Kultur, Begegnung und bürgerschaftliches Engagement für alle Bürger*innen im 15. Stadtbezirk und darüber hinaus. Einlass ist ab 18 Uhr. Bis zum Beginn des Festakts werden Filme und Bilder aus den vergangenen 20 Jahren gezeigt.

Sonntag, 23. März, 16 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1

Bürgermeisterin Verena Dietl spricht beim traditionellen Nowruz-Fest von MORGEN e.V., dem Dachverband von Migrantenorganisationen in München, unter Beteiligung zahlreicher Gruppen ein Grußwort. Weitere Infos unter morgen-muenchen.de.

Montag, 24. März, 17 Uhr, Rathaus, Grütznerstube

Stadträtin Dr. Evelyn Menges (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters ein Grußwort im Rahmen des Empfangs für die Sammler*innen der Straßensammlung 2024 des Volksbunds Deutscher Kriegsgräber.

Montag, 31. März, 19 Uhr, Festsaal im Alten Rathaus

Diskussionsrunde „Rechtsruck und kein Ende? Deutschland und Europa nach den Wahlen“ der städtischen Fachstelle für Demokratie. Teilnehmer*innen sind apl. Prof. Dr. Gideon Botsch (Politikwissenschaftler und Autor), Natascha Strobl (Politikwissenschaftlerin und Publizistin) und Dr. Johannes Hillje (Autor, Politik- und Kommunikationsberater). Die Moderation übernimmt Dr. Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle für Demokratie.

Achtung Redaktionen: Zur Teilnahme ist eine Akkreditierung per E-Mail an fachstelle@muenchen.de erforderlich.

(Siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 26. März, 19.30 Uhr, Aula des städtischen Berufsschulzentrums, Elisabethplatz 4 (Zugang ist nicht rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

Mittwoch, 26. März, 19.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen, Curt-Mezger-Platz 1 (Zugang ist rollstuhlgerecht)

Sitzung des Bezirksausschusses 11 (Milbertshofen-Am Hart).

Meldungen

Management des öffentlichen Straßenraums beschlossen

(19.3.2025) Der Mobilitätsausschuss des Stadtrats hat in seiner heutigen Sitzung die Teilstrategie „Management des öffentlichen (Straßen-)Raums“ beschlossen. Das bisherige „klassische“ Parkraummanagement wird damit zu einem umfassenden Management des gesamten öffentlichen (Straßen-)Raums weiterentwickelt.

Dafür sieht die Teilstrategie Maßnahmenpakete in den verschiedensten Bereichen vor – von der effizienteren Nutzung öffentlicher Parkplätze und der Digitalisierung der Verkehrsüberwachung bis hin zur Schaffung neuer Freiräume für Aufenthalt und Fußverkehr. Dabei wird der gesamte öffentliche Straßenraum mit all seinen Nutzungsansprüchen betrachtet und eine Abwägung zwischen den Bedarfen des ruhenden Kfz-Verkehrs einerseits und Aufenthalt, Begrünung und Kühlung der Stadt sowie den Erfordernissen des Fuß- und Radverkehrs, des öffentlichen Nahverkehrs, der Shared Mobility und des Wirtschaftsverkehrs andererseits vorgenommen. Im Zen-

trum steht die effizientere Nutzung des Parkraums und die Gewährleistung der Erreichbarkeit vor dem Hintergrund der Verkehrssicherheit im Sinne der „Vision Zero“.

Die Teilstrategie beschäftigt sich unter anderem mit den Möglichkeiten, vollgestellte Fuß- und Radwege sowie Parken in zweiter Reihe zu verhindern. Dafür sollen zum einen die Abstellmöglichkeiten für (Lasten-)Fahrräder, Fahrzeuge der Mikromobilität und Motorräder ausgebaut und zum anderen ein umfassendes Konzept für Lade- und Lieferzonen ausgearbeitet und schrittweise umgesetzt werden.

Auch soll die Parkraumbewirtschaftung ausgeweitet und angepasst sowie künftig in Neubaugebieten von Beginn an etabliert werden. An neuralgischen Stellen im Stadtgebiet wird künftig vermehrt reines Pkw-Parken angeordnet. Zudem soll das Mobilitätsreferat Überlegungen entwickeln, wie bei beschränktem Angebot im öffentlichen Raum Anwohner*innen Stellplätze auf privaten Flächen, in Garagen oder Tiefgaragen der öffentlichen Hand finden können. Hotels erhalten – ebenfalls ab 1. August 2025 – wie andere gewerbliche Anlieger*innen nur noch einen Parkausweis. Zudem werden Fahrzeuge ab einer Länge von sechs Metern ab 1. August 2025 nicht mehr in den Bewohnerparkausweis eingetragen, bestehende Eintragungen bleiben erhalten.

Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Der enge Stadt- und Straßenraum muss heute mehr Anforderungen denn je erfüllen – er soll gleichermaßen Platz für Aufenthalt und Begegnung, für die verschiedensten Verkehrsmittel, Anwohnende und Besucher*innen bieten. Mit der Weiterentwicklung des bisherigen Parkraummanagements zu einem umfänglichen Management des öffentlichen Straßenraums gehen wir einen weiteren Schritt, all diese Anforderungen in Einklang zu bringen.“

Neuer XXL-Radlogistik-Hub

(19.3.2025) Der Mobilitätsausschuss des Stadtrats hat in seiner heutigen Sitzung die Ausweitung der Radlogistik – also der Paket-Zustellung per Lastenrad auf der sogenannten „letzten Meile“ – beschlossen. Auf einer Fläche von über 2.000 Quadratmetern soll demnächst in München der größte anbieteroffene Radlogistik-Hub Deutschlands entstehen, in dem verschiedene Logistik- und Lastenrad-Serviceunternehmen unter einem Dach arbeiten. Dafür wird das Mobilitätsreferat zeitnah eine weitere Fläche für die Radlogistik anmieten, sie erschließen und an (Rad-)Logistikunternehmen untervermieten. Angedacht ist dafür zunächst ein Areal auf dem Gelände der ehemaligen Paketposthalle – dafür laufen bereits Gespräche mit dem Betreiber des dortigen Zwischennutzungsprojekts Pineapple Park. Die Kosten für das neue Radlogistik-Areal können während der Projektlauf-

zeit von 2025 bis 2027 durch Mieteinnahmen sowie Projektmittel aus dem EU-Projekt metaCCAZE gedeckt werden.

Im August 2023 konnte, entsprechend der Teilstrategie „Wirtschaftsverkehr – Urbane Mobilität“ der Mobilitätsstrategie 2035, Münchens erster Radlogistik-Hub am Viehhof eröffnet werden. Mit großem Erfolg – für die Stadt und vor allem auch für die Logistiker: Nach eigenen Aussagen konnten die Unternehmen in den letzten Monaten bis zu 30 Prozent Zeit auf der sogenannten „letzten Meile“ der Zustellung einsparen, da Parkplatzsuche und Stauzeiten entfallen. Insgesamt konnten so in den ersten neun Monaten des Radlogistik-Betriebs am Viehhof bereits 9.000 Stunden Standzeit im öffentlichen Raum reduziert werden. Gleichzeitig entlastet die Radlogistik die Lieferzonen in der Innenstadt.

Angesichts dieser Erfolge zeigen immer mehr Logistikunternehmen Interesse, die Zustellung per Lastenrad innerhalb des Mittleren Rings auszubauen, wofür es neue, größere Umschlagplätze braucht. Aktuell verhandelt das Mobilitätsreferat deshalb mit Immobilieneigentümern. In einer entsprechend großen Immobilie sollen auf dem Areal der ehemaligen Paketposthalle die Unternehmen künftig Verkehrswege, Anfahrtsrampen, Sozialräume und vieles mehr gemeinschaftlich nutzen können. Zudem sollen sich auch Serviceunternehmen, wie etwa Wartungs- und Werkstattpartner, einmieten können, und Showroom-Flächen für Lastenradhersteller integriert werden. Nach der heutigen Beschlussfassung können nun die entsprechenden Verträge mit dem Vermieter sowie den Radlogistikern geschlossen und der neue Radlogistik-Hub voraussichtlich ab Mai in Betrieb genommen werden.

Bürgermeister Dominik Krause: „München ist Online-Shopping-Hauptstadt, in keiner anderen Stadt werden so viele Pakete und Päckchen ausgeliefert wie bei uns, so die Statistik. Das sorgt für viel Lieferverkehr, und dafür brauchen wir innovative Lösungen. Immer mehr Logistiker setzen auf die innerstädtische Anlieferung per Cargobike. Der große Vorteil der Lastenräder ist, dass sie nicht im Stau stecken bleiben und die Parkplatzsuche einfacher ist. Das spart den Unternehmen Zeit und Geld. Der Münchner Radlogistik-Hub ist eine echte Erfolgsgeschichte. Ich freue mich, dass wir sie jetzt mit dem XXL-Hub fortschreiben.“

Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Es freut mich sehr, dass die Radlogistik in München heute so attraktiv für die Unternehmen ist, dass wir schon eineinhalb Jahre nach der Eröffnung des ersten Radlogistik-Hubs am Viehhof nun noch eine zweite, zehnmal größere Radlogistik-Drehscheibe planen. Dass wir diese vor allem auch dank der Förderung des EU-Projekts metaCCAZE für den städtischen Haushalt kostenneutral umsetzen können, ist dabei eine große Erleichterung – und ein wichtiger Beitrag für die Förderung des nachhaltigen Wirtschaftsverkehrs in München. Mein Dank

geht an dieser Stelle auch an die IHK für die gute Zusammenarbeit bei der Suche nach Flächen für die Radlogistik.“

Pilotprojekt „Schulstraßen“ startet

(19.3.2025) Immer wieder sind Elterntaxis und das damit einhergehende hohe Verkehrsaufkommen gerade vor Grundschulen ein Thema. Der Mobilitätsausschuss des Stadtrats hat daher in seiner heutigen Sitzung eine weitere Maßnahme zur Entschärfung der durch den Bringverkehr entstehenden, unübersichtlichen Situationen rund um Schulen beschlossen: Ab dem ersten Quartal 2026 sollen im unmittelbaren Zufahrtsbereich zu voraussichtlich zwei Grundschulen sogenannte Schulstraßen eingerichtet werden. Schulstraßen können einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Schulwegsicherheit leisten, indem Straßenabschnitte jeweils für etwa eine halbe Stunde vor Schulbeginn für den Autoverkehr gesperrt werden. In den vergangenen Monaten wurden in Vorbereitung der Beschlussvorlage bereits Gespräche mit verschiedenen Schulen, anliegenden sozialen Einrichtungen und örtlichen Bezirksausschüssen zu geeigneten Standorten geführt. Nicht an allen Standorten ist die Umsetzung einer Schulstraße möglich. Nach dem heutigen Beschluss werden die Abstimmungen fortgesetzt, eine finale Auswahl getroffen und ein konkretes Verkehrs- und Umsetzungskonzept je Standort ausgearbeitet, das die räumlichen Gegebenheiten und Anforderungen berücksichtigt. Die Konzepte sollen dann durch die zuständigen Bezirksausschüsse beschlossen werden, sodass die Pilot-Schulstraßen voraussichtlich im ersten Quartal 2026 umgesetzt werden können.

Bürgermeister Dominik Krause: „Elterntaxis gefährden die Sicherheit von Kindern, die zu Fuß, mit dem Tretroller oder dem Rad zur Schule fahren. Es entspricht deshalb dem Wunsch sehr vieler Münchner Schulen und Eltern, den Bringverkehr mit dem Auto zu reduzieren. Schulstraßen können einen Beitrag leisten, mit Hilfe sicherer Zonen Unfallsituationen zu vermeiden. Ich freue mich sehr, dass wir diesen Pilotversuch starten.“

Mobilitätsreferent Georg Dunkel: „Die Schulwegsicherheit und der Schutz unserer kleinsten Mitbürger*innen liegen mir sehr am Herzen. Es freut mich daher, dass der Stadtrat uns mit dem heutigen Beschluss einen weiteren Baustein für mehr Schulwegsicherheit in München an die Hand gibt. Schulstraßen können die selbstständige Teilnahme von Kindern am Straßenverkehr fördern und ermutigen dazu, zumindest einen Teil des Schulwegs aktiv zurückzulegen. Das tut den Kindern gut – deshalb, liebe Eltern, möchte ich an dieser Stelle an Sie appellieren, ihre Kinder möglichst nicht mit dem Auto zur Schule zu bringen. Wenn weniger Autos im direkten Umfeld von Schulen unterwegs sind, wird es für die Schüler*innen und andere Verkehrsteilnehmende sicherer.“

Das Mobilitätsreferat setzt bereits heute an vielen Stellen im Stadtgebiet auf Beschilderungen, Haltverbote, Geschwindigkeitsbeschränkungen oder bauliche Maßnahmen, um den Schulweg sicherer zu gestalten. Darüber hinaus sorgen über 500 Schulweghelfer*innen im Stadtgebiet dafür, dass die Kleinsten wohlbehalten zur Schule und nach Hause kommen. Hinzu kommen verschiedene Angebote für Eltern und Schulen, die den „aktiven Schulweg“ fördern, darunter zum Beispiel der „Bus mit Füßen“ oder der Grundschulwettbewerb „Fit in die Schule, fit für die Zukunft!“.

Münchner Tanzpreis für Zufit Simon

(19.3.2025) Der Tanzpreis der Stadt München 2025 geht an die Tänzerin und Choreografin Zufit Simon. Das hat der Kulturausschuss des Stadtrats auf Empfehlung einer Fachjury beschlossen. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird seit 1994 alle drei Jahre verliehen. Mit dem Tanzpreis soll ein*e in München tätige Künstler*in oder ein entsprechendes Ensemble gewürdigt werden. Ausgezeichnet werden herausragende Leistungen in allen Stilrichtungen des Tanzes sowie Personen oder Personengruppen, die München als Kulturstadt Geltung und Ansehen verschaffen.

Zufit Simon wurde in Israel geboren und lebt seit mehr als 25 Jahren in München und Berlin. Mit ihr wird eine Choreografin ausgezeichnet, die ihr Schaffen gesellschaftspolitischen Phänomenen widmet und ihre Werke oft selbst auf der Bühne präsentiert. Geprägt von der israelischen Tanzszene, die sich aus Ausdruckstanz und Modern Dance entwickelt hatte, kam Zufit Simon nach Deutschland und fand nach ihrer Ausbildung in Frankfurt Anschluss an das Tanzschaffen in München. Zunächst trat sie als Tänzerin bei den auch heute noch überaus präsenten Protagonist*innen der Münchner Szene – Micha Purucker, Stephan Herwig oder Sabine Glenz – auf. Dann begann sie selbst zu choreographieren. Beispielhaft für ihr künstlerisches und durchaus politisches Schaffen sind ihr kritisches und zugleich humorvolles Frauenstück „Radical Cheerleading“ sowie das Stück „Bodies in Rebellion“, in dem sie nach den körperlichen Ausdrucksformen des Protests sucht.

Der Jury unter dem Vorsitz von Kulturreferent Anton Biebl gehörten in diesem Jahr an: Eva Elisabeth Fischer (Journalistin), Johannes Härtel (Choreograph), Serge Honegger (Dramaturg), Nina Hümpel (Journalistin, Kuratorin), Micha Purucker (Choreograph), Karl Alfred Schreiner (Ballettdirektor des Staatstheaters am Gärtnerplatz) sowie die Stadtrats-Mitglieder Leo Agerer und Beatrix Burkhardt (beide Stadtratsfraktion der CSU mit FREIEWÄHLER), Mo Lüttig und Thomas Niederbühl (beide Fraktion Die Grünen – Rosa Liste) sowie Roland Hefter (SPD/Volt-Fraktion).

Weitere Informationen zu den Preisen Theater und Tanz online unter <https://stadt.muenchen.de/infos/tanzpreis.html>.

„Rechtsruck und kein Ende?": Diskussion zur Lage nach der Wahl

(19.3.2025) Die Fachstelle für Demokratie der Stadt München lädt am Montag, 31. März, um 19 Uhr zur Diskussionsrunde „Rechtsruck und kein Ende? Deutschland und Europa nach den Wahlen“ ins Alte Rathaus ein. Die Veranstaltung widmet sich der aktuellen politischen Situation nach den Bundestagswahlen vom 23. Februar und zieht eine erste Zwischenbilanz. Was hat das starke Abschneiden der AfD bedingt und welche Auswirkungen wird ihre verstärkte Präsenz im nächsten Bundestag auf Politik und Gesellschaft haben? Wie ist die Situation in den westdeutschen Bundesländern einerseits und in den ostdeutschen Bundesländern andererseits zu bewerten? Was kann man aus dem Vergleich mit anderen europäischen Ländern, insbesondere Österreich, lernen? Wie können die Menschen in Deutschland wieder von demokratischen Werten überzeugt und für demokratische Aushandlungsprozesse gewonnen werden? Diese und weitere Fragen diskutieren apl. Prof. Dr. Gideon Botsch (Politikwissenschaftler und Autor), Natascha Strobl (Politikwissenschaftlerin und Publizistin) und Dr. Johannes Hillje (Autor, Politik- und Kommunikationsberater). Die Moderation übernimmt Dr. Miriam Heigl, Leiterin der Fachstelle für Demokratie. Eine verbindliche Anmeldung per E-Mail an fachstelle@muenchen.de bis 26. März ist erforderlich. Der Einlass wird nur Personen gewährt, die eine Platzzusage erhalten haben. Die Zusage ist beim Einlass vorzuzeigen.

Es gilt folgender Einlassvorbehalt: Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch antisemitische, nationalistische, rassistische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, sind von der Veranstaltung ausgeschlossen. *(Siehe auch unter Terminhinweise)*

Jugendversammlung in Hadern

(19.3.2025) Am Freitag, 21. März, findet von 16.30 bis 18.30 Uhr die Jugendversammlung in Hadern im Jugendzentrum „piffTEEN“, Wolkerweg 15, statt. Veranstaltet wird die Versammlung vom Bezirksausschuss 20 (Hadern) und dem Kinder- und Jugendrathaus, angesiedelt bei Bürgermeisterin Verena Dietl. Eingeladen sind alle Jugendlichen aus Hadern. Sie können ihre Ideen und Anregungen direkt in die Stadtverwaltung einbringen. Die Versammlung wird mit jugendgerechten Methoden im Rahmen eines Workshops stattfinden. Im Anschluss lädt das Kinder- und Jugendrathaus zum gemeinsamen Pizzaessen ein.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 19. März 2025

Schließung des Diakoniewerks Maxvorstadt: Leerstand vermeiden und Pflegeplätze sichern

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Dr. Evelyne Menges, Thomas Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 5.11.2024

Keine weitere Aufforderung zur gegenseitigen Denunziation an Münchner Schulen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Was-sill (AfD) vom 27.9.2024

**Schließung des Diakoniewerks Maxvorstadt: Leerstand vermeiden
und Pflegeplätze sichern**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Dr. Evelyne Menges, Thomas Schmid und Professor Dr. Hans Theiss (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER) vom 5.11.2024

Antwort Sozialreferentin Dorothee Schiwy:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist.

Im oben angeführten Antrag vom 5.11.2024 fordern Sie, dass die Landeshauptstadt München zügig Maßnahmen ergreift, um einen langfristigen Leerstand im Diakoniewerk Maxvorstadt zu verhindern und im Idealfall die Altenheim- und Pflegeplätze im Wohnbereich zu erhalten. Ferner beantragen Sie die Prüfung der Übernahme des Pflegebereiches in Städtische Trägerschaft, um den Verbleib der 73 Senior*innen zu sichern und das Pflegepersonal inkl. Auszubildende zu übernehmen. Außerdem beantragen Sie die Prüfung eines Umbaus des Klinikbereiches in einen Wohnbereich für ältere und pflegebedürftige Menschen oder die Prüfung eines Umbaus in einen Bereich, in dem Pflegekräfte und Auszubildende in Pflege und Medizin günstig wohnen können. Zudem fordern Sie den Entwurf eines Konzeptes für den langfristigen Verbleib des Pflegepersonals in den Werkswohnungen.

Der gestellte Antrag bedarf Beiträgen mehrerer städtischer Referate sowie Tochtergesellschaften. Der Inhalt des Antrages betrifft teils die Zuständigkeit des Kommunal- und des Gesundheitsreferates sowie jeweils das operative Geschäft der München Klinik gGmbH und der MÜNCHENSTIFT GmbH, welches der Verantwortung der jeweiligen Geschäftsführung unterliegt.

Der Inhalt des Antrages betrifft eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Ich beantworte Ihren Antrag daher per Brief und kann Ihnen auf Basis der eingeholten Beiträge der beteiligten Stellen Folgendes mitteilen:

Im Dezember 2023 wurde bekannt, dass sich das Diakoniewerk München-Maxvorstadt mit allen Geschäftsbereichen in ein Schutzschirmverfahren begeben hat. Die Vorständin des Diakoniewerks München-Maxvorstadt benannte in einem Pressestatement als Ursachen die Nachwirkungen der Corona-Pandemie, sowie immer weiter steigende Kosten vor allem für

Energie und Personal und die fehlende Gegenfinanzierung der inflationsbedingten Mehrkosten.

Am 21. Oktober 2024 teilte der Insolvenzverwalter mit, dass weder Sanierungschancen für den Gesamtbetrieb des Diakoniewerkes München-Maxvorstadt noch für Teilbereiche bestehen und der Gesamtbetrieb deshalb einzustellen sei. Die Mitarbeiter*innen und Bewohner*innen seien ebenfalls am 21.10.2024 über die Schließungszeitpunkte informiert worden. Die Schließung der vollstationären Pflege wird zum 31. März 2025 erfolgen. Am 6. Dezember 2024 wurden noch 21 Bewohner*innen gepflegt und betreut.

Aus den Marktberichten Pflege des Sozialreferats (zuletzt „14. Marktbericht Pflege. Jährliche Marktübersicht über die teil- und vollstationäre Pflege“, Beschluss des Sozialausschusses vom 17.10.2024, Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 14030) und dem kontinuierlichen Pflegemonitoring im Amt für Soziale Sicherung ist bekannt, dass im Stadtbezirk 3 (Maxvorstadt) derzeit lediglich das Diakoniewerk Maxvorstadt mit seinen 97 vollstationären Pflegeplätzen mit Versorgungsvertrag nach SGB XI als einzige Pflegeeinrichtung vorhanden war.

Wie auch Presseberichten zu entnehmen war, ist das Grundstück mit einer Dienstbarkeit für den Freistaat Bayern dergestalt belastet, dass die Verwendung für ein Krankenhaus, Altenheime, Schwesternwohnheim und ambulantes Therapiezentrum beschränkt ist.

Sofern der Freistaat Bayern einer Löschung dieser Dienstbarkeit nicht zustimmt, ist das Grundstück nur zu diesen Zwecken zu verwenden.

Nach Einschätzung der MÜNCHENSTIFT GmbH ist diese derzeit nicht in der Lage, ein Haus wie das Diakoniewerk München-Maxvorstadt zu übernehmen. Derzeit baut die MÜNCHENSTIFT GmbH zwei neue Alten- und Pflegeheime (Tauernstraße, Harlaching Giesing und Franz-Nißl-Straße, Al-lach). Dies bindet enorme Kapazitäten und Ressourcen.

Selbstverständlich setzt die MÜNCHENSTIFT GmbH bei Bedarf alles daran, Bewohner*innen aus dem Diakoniewerk München-Maxvorstadt in ihren Häusern aufzunehmen und weiter zu betreuen, dies waren bis Ende Januar 2025 insgesamt 25 Aufnahmen (21 im Bereich Pflege, vier im Bereich Wohnen mit Service).

Wie ebenfalls der Presse zu entnehmen war, liegt einerseits ein erheblicher Investitionsstau vor und es ist ein Weiterbetrieb des Pflegebereichs auf Grund der baulichen Gegebenheiten so wahrscheinlich nicht möglich. Seit 1. Januar 2025 gelten zwar niedrigere bauliche Standards in der Ausführungsverordnung zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (AVPfleWoqG)

wie der Verzicht auf eine Einzelzimmerquote. Dennoch stellen sich Fragen zum zeitgemäßen baulichen Standard für einen sowohl für Mitarbeitende als auch Bewohner*innen attraktiven Betrieb. Für die Gewinnung und Bindung insbesondere von beruflich Pflegenden hat die bauliche Gestaltung neben weiteren Rahmenbedingungen wie Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Betriebsklima eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Das Kommunalreferat weist an dieser Stelle darauf hin, dass die LHM bereits Eigentümerin von vier städtischen Alten- und Pflegeheimen ist, die zum Betrieb an die MÜNCHENSTIFT verpachtet sind und die die o.g. Bedingungen zum Teil noch nicht erfüllen.

Der Erwerb eines weiteren sanierungsbedürftigen Alten- und Pflegeheimes kann nicht empfohlen werden. Auch verfügt die MÜNCHENSTIFT GmbH über keine Kapazitäten für den Weiterbetrieb des Hauses Diakoniewerk Maxvorstadt.

Im Erwerbsfall würde dies einen langfristigen Leerstand zu Lasten der LHM verursachen.

Für den Klinikbereich und die Frage, ob dieser in einen Wohnbereich für ältere und pflegebedürftige Menschen umgebaut werden kann bzw. in einen Bereich, in dem Pflegekräfte in Ausbildung und Personen in medizinischer Ausbildung (alle Bereiche incl. Medizinstudium) dort günstig wohnen können ggf. in Verbindung mit Unterstützung der Pflegekräfte, hat das Gesundheitsreferat Folgendes mitgeteilt:

Die LHM hat im Bereich der Wohnraumschaffung und-vergabe sozial verträgliche Prozesse geschaffen, die es ermöglichen, dass kontinuierlich Wohnraum entsteht und dass z.B. Wohnungslose, von Wohnungslosigkeit bedrohte, gesundheitlich eingeschränkte und einkommensschwache Personen Wohnraum erhalten können.

Die LHM engagiert sich darüber hinaus bei der Weiterentwicklung kommunaler Unterstützungsmöglichkeiten im Bereich Wohnen für beruflich Pflegende. Aktuelle Sachstände und Empfehlungen können dem Beschluss „Pflege in München II“ des Stadtrates vom 18.12.2024 (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 14533) entnommen werden. Der Schwerpunkt liegt hier auf neuen Projekten insbesondere im Rahmen des Konzeptionellen Mietwohnungsbaus (KMB). Zudem wurde die Homepage „pflege-in-muenchen.de“ um Angebote für Unternehmen erweitert, unter anderem zum Thema Wohnen für die Pflege. Träger und Einrichtungen finden dort beispielsweise die richtigen Ansprechstellen der Stadtverwaltung.

Zur Schaffung von Wohnraum existieren ferner Förderprogramme für Kommunen und Unternehmen insbesondere des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr (StMB). Im Rahmen des Programms „Junges Wohnen“ stehen dem StMB Fördergelder des Bundes zur Verfügung, die der Freistaat Bayern durch Landesmittel zusätzlich aufgestockt hat. Unterstützt werden Bau, Erweiterung, Ersterwerb und Umbau von Wohnraum, Maßnahmen umfassender energetischer Modernisierung sowie der Erwerb und die Umwandlung von Gebäuden, die bisher nicht zu Wohnzwecken genutzt werden, in Wohnraum für Auszubildende. Zuständig für detaillierte Auskünfte an Unternehmen und Träger und mögliche Anwendungsbereiche ist das Referat für Stadtplanung und Bauordnung.

Das Kommunalreferat und das Gesundheitsreferat arbeiten seit einigen Jahren gemeinsam mit Vertreter*innen des Referates für Stadtplanung und Bauordnung und weiterer Referate, der München Klinik gGmbH (MüK) und der MRG Münchner Raumentwicklungsgesellschaft mbH an der Umsetzung von Nachnutzungskonzepten für freiwerdende Flächen der MüK, die sich bereits im Eigentum der LHM befinden wie beispielsweise am Standort Schwabing. Überlegungen zur Nachnutzung werden im Rahmen der Rückgabe der Flächen an die LHM betrachtet. Ziel ist es, freiwerdende Flächen und Gebäude einer medizinnahen Nutzung, insbesondere der Herstellung von kostengünstigem Wohnraum für Pflegekräfte, zuzuführen. Der Stadtrat wird regelmäßig mit dem Thema Nachnutzung der freiwerdenden Flächen der MüK befasst.

Für das Diakoniewerk kann derzeit eine Nachnutzungsmöglichkeit seitens der LHM nicht bejaht werden.

Unabhängig davon bitte ich um Beachtung der Maßnahmen des Lenkungs- kreises Pflege unter dem Vorsitz der Dritten Bürgermeisterin. Dieser setzt sich für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für beruflich Pfle- gende ein, die bereits mit den Stadtratsbeschlüssen „Pflege in München I“ und „Pflege in München II“ (Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 10214 sowie Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 14533) manifestiert sind.

Das Sozialreferat flankiert seit Jahrzehnten die Langzeitpflege mit För- derungen. Diese umfassen sowohl die vielfältige und passgenaue Infra- struktur als auch Projekte und Programme zur direkten Unterstützung der beruflich Pflegenden sowie der Arbeitsorganisation. Ziel ist hierbei die Ver- besserung der Rahmenbedingungen.

Um Kenntnisnahme der vorstehenden Ausführungen wird gebeten. Ich gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Keine weitere Aufforderung zur gegenseitigen Denunziation an Münchner Schulen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Daniel Stanke, Markus Walbrunn und Iris Wassill (AfD) vom 27.9.2024

Antwort Oberbürgermeister Dieter Reiter:

Am 27.9.2024 haben Sie folgenden Antrag gestellt:

„Das Projekt ‚Melde dich gegen Diskriminierung in der Schule!‘ bzw. ‚Diskriminierung und rechte Inhalte in der Schule melden!‘ der ‚Fachstelle für Demokratie‘ wird umgehend gestoppt. Die zugehörige Internetseite¹ wird gelöscht, sowie an Schulen etc. ausgegebene Flugzettel wieder eingeholt. Ebenso ist dem Stadtrat mitzuteilen, wie viele Finanzmittel und Personalstunden für diese Kampagne aufgewendet wurden.“

¹ www.melden-gegen-diskriminierung.de

Ihr Einverständnis vorausgesetzt beantworte ich Ihren Antrag mit diesem Schreiben:

Der Stadtrat hat in der Vollversammlung vom 16.12.2020 beschlossen, bei der Fachstelle für Demokratie eine Stelle mit dem Schwerpunkt „Schulberatung“ einzurichten, die unter anderem die Aufgabe umfasst, rechts-extreme, rassistische, antisemitische und volksverhetzende Vorfälle im schulischen Kontext auf der Basis einer zentralisierten Erfassungs- und Meldestruktur zu bearbeiten (siehe Sitzungsvorlage Nr. 20-26/V 01799, Seite 15). Im Februar 2022 wurde auf Grundlage dieses Stadtratsbeschlusses bei der Fachstelle für Demokratie eine Anlaufstelle für die Münchner Schulen geschaffen. Bei den in Ihrem Antrag erwähnten Flyern „Melde dich gegen Diskriminierung in der Schule!“ bzw. „Diskriminierung und rechte Inhalte in der Schule melden!“ sowie der Website www.melden-gegen-diskriminierung.de handelt es sich somit nicht um ein Projekt oder eine Kampagne, sondern sie dienen der stetigen Information über dieses dauerhaft angelegte Melde- und Beratungsangebot. Für die Website (Gestaltung und Übersetzung in mehrere Sprachen) sowie die Flyer (Gestaltung, Übersetzung und Druck) sind insgesamt Kosten in Höhe von 21.000 Euro entstanden. Eine Bezifferung von Personalstunden ist nicht möglich.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Mittwoch, 19. März 2025

Bedarfsgerechte Zukunftsplanung städtischer Multifunktionsgeräte

Antrag Stadtrats-Mitglieder Judith Greif, Gunda Krauss, Thomas Niederbühl, Dr. Florian Roth, Sibylle Stöhr, David Süß und Andreas Voßeler (Fraktion Die Grünen – Rosa Liste)

Was kostet der Pendelbetrieb der Tram Westtangente?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Alexandra Gaßmann, Hans-Peter Mehling, Veronika Mirlach, Sebastian Schall und Matthias Stadler (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Fahrgastfreundlich? – Schienenersatzverkehr für U6

Anfrage Stadträtin Dr. Evelyne Menges (Stadtratsfraktion der CSU mit FREIE WÄHLER)

Frauennachttaxis: Gutscheine fortsetzen und Konzept überarbeiten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Nikolaus Gradl, Cumali Naz, Lena Odell, Felix Sproll, Christian Vorländer und Micky Wennigatz (SPD/Volt-Fraktion)

Die LHM verlässt die Social Media Plattform X

Antrag Stadtrat Dirk Höpner (München-Liste)

Was passiert mit der Siedlung der Münchner Wohnen an der Staltacherstraße?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

Arbeit der Gleichstellungskommission im Ratsinformationssystem sichtbarer machen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Marie Burneleit, Stefan Jagel, Thomas Lechner und Brigitte Wolf (Die Linke / Die PARTEI Stadtratsfraktion)

19.03.2025

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Bedarfsgerechte Zukunftsplanung städtischer Multifunktionsgeräte

Antrag

Das IT-Referat wird gebeten, den derzeitigen und den zukünftigen Bedarf an städtischen Multifunktionsgeräten zum Drucken, Kopieren und Scannen erneut zu evaluieren und die Anzahl der Geräte entsprechend dieser Bedarfsanalyse zu reduzieren.

Begründung:

Den Angaben des IT-Referats zufolge betreibt it@M derzeit über 1.800 Multifunktionsgeräte für die Referate und Eigenbetriebe der LHM. Ausgehend von ca. 44.000 städtischen Beschäftigten steht damit durchschnittlich ein Multifunktionsgerät für je 25 Beschäftigte zur Verfügung.

Durch die im August 2024 mit großer Mehrheit des Münchner Stadtrats beantragte umfassende Digitalisierung verwaltungsinterner Prozesse und den möglichst flächendeckenden Rollout der E-Akte wird der Bedarf an Multifunktionsgeräten absehbar sinken. Damit können wertvolle Ressourcen eingespart, Druckkosten gesenkt und der Papier- und Tonerverbrauch verringert werden.

Vor der Vergabe des nächsten Rahmenvertrags für Multifunktionsgeräte im Jahr 2027 soll das IT-Referat deshalb unter Berücksichtigung der derzeitigen Nutzungsquote und der weiterhin erfolgreichen Verwaltungsdigitalisierung sowohl im Kontakt mit Bürger*innen und externen Akteur*innen als auch für verwaltungsinterne Prozesse eine aktualisierte Bedarfsanalyse erstellen.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Judith Greif
Dr. Florian Roth
David Süß
Thomas Niederbühl
Sibylle Stöhr
Andreas Voßeler
Gunda Krauss

Mitglieder des Stadtrates

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



19.03.2025

Was kostet der Pendelbetrieb der Tram Westtangente?

Die MVG plant ab Dezember 2025 einen verkehrlich fragwürdigen Pendelbetrieb der Tram Westtangente (TWT) in Minimalvariante aufzunehmen. Hierbei soll die TWT vom Bahnhof Pasing zur Haltestelle Gondrellplatz fahren. Alle derzeit existierenden Buslinien verbleiben im bisherigen Takt und erschließen den Stadtteil ebenfalls.

Deswegen fragen wir den Oberbürgermeister:

1. Was kostet der Pendelbetrieb der Tram Westtangente zwischen Pasing und Gondrellplatz?
2. Ist der Betrieb kostendeckend oder werden städtische Zuschüsse nötig?
3. Wie viel kostet der Betrieb pro erwarteten zusätzlichen Fahrgast im ÖPNV?
4. Wäre es günstiger den Pendelbetrieb über die Partytram der MVG zu finanzieren anstatt über eine Beauftragung im Rahmen des Öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der MVG? ¹
5. Wie lang soll der Pendelbetrieb aufrechterhalten werden?

Sebastian Schall (Initiative)
Stadtrat

Veronika Mirlach
Stadträtin

Matthias Stadler
Stadtrat

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

Hans-Peter Mehling
Stadtrat

¹ <https://www.mvg.de/ueber-die-mvg/unsere-fahrzeuge/sonderfahrten.html>, aufgerufen am 14.03.2025

ANFRAGE

An Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München



19.03.2025

Fahrgastfreundlich? - Schienenersatzverkehr für U6

Ab 10. März bis voraussichtlich 10. Mai 2025 findet Phase 2 der Bauarbeiten an der U6 im Abschnitt Harras - Klinikum Großhadern statt.

Die Strecke zwischen Implerstraße und Klinikum Großhadern wird wegen Gleisarbeiten gesperrt.

Es findet ein Schienenersatzverkehr mit dem Bus statt.


Den Fahrgästen wird von den Stadtwerken/MVG empfohlen ab der Haltestelle Holzapfelkreuth entweder mit dem SEV-Bus U6 (zur Donnersbergerbrücke) oder den SEV-Bus X6 (zur U6 Brudermühlstraße) zu nehmen um zum Marienplatz zu gelangen. Dies dauert etwa 45 Minuten.

Deshalb frage ich den Oberbürgermeister:

1. Warum empfiehlt die MVG ihren Fahrgästen ab Holzapfelkreuth nicht auch die viel kürzere Strecke mit Bus 51 zur U-Bahn- Station Machtlfinger Straße?


Dr. Evelyne Menges

Stv. Fraktionsvorsitzende

SW/M Stadtwerke München GmbH 

MVG Information für die Medien

Ersatzverkehr im Überblick:
SEV-Bus U6 und X6



Alle Infos zur Maßnahme und zum Ersatzverkehr gibt es unter mvg.de/update.

Persönliche Auskünfte am Infopoint

Foto: Dr. Evelyne Menges

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 19.03.2025

Frauennachttaxis: Gutscheine fortsetzen und Konzept überarbeiten

ANTRAG

Das Kreisverwaltungsreferat wird aufgefordert, unverzüglich die Fortsetzung der aktuell mit 10 Euro dotierten Frauennachttaxigutscheine sicherzustellen, sich jedoch künftig bei der Vergabe an sozialen Kriterien zu orientieren.

Die Fraktion fordert:

- die sofortige Wiedereinführung der Frauennachttaxigutscheine für Studentinnen, Auszubildende und Schülerinnen unter Vorlage des Schüler- bzw. Studentenausweises oder der AzubiCard. Zudem sollen Frauen mit geringem Einkommen und dem Anspruch auf den München-Pass auch künftig Gutscheine erhalten. Für Rentnerinnen ist eine Berechtigung ebenfalls zu prüfen.
- eine Überprüfung und Anpassung der Vergaberichtlinien, um eine gerechtere Verteilung und effektivere Nutzung zu gewährleisten (u.a. die Ausgabe nur eines Gutscheins statt bisher drei auf einmal).
- eine transparente Kommunikation und frühzeitige Information über Änderungen dieses wichtigen Angebots.

Das zusätzliche Budget soll aus der Nahmobilitätspauschale des Mobilitätsreferats zur Verfügung gestellt werden.

BEGRÜNDUNG

Der öffentliche Raum gehört allen – auch und gerade nachts. Frauen sollen unabhängig von ihrer finanziellen Situation unabhängig und sicher unterwegs sein und auch in Bereiche, die nachts öffentlich schlechter erschlossen sind, gut gelangen.

Besonders inakzeptabel war die plötzliche Einstellung der Gutscheine ohne vorherige Ankündigung – und das auch noch unmittelbar zum Internationalen Frauentag. Dies sendet das völlig falsche Signal in einer Zeit, in der Frauen gestärkt und gesehen werden sollen.

Die SPD/Volt-Fraktion regt eine Überarbeitung der bisherigen Vergabepaxis an. Die pauschale Ausgabe von drei Gutscheinen à 10 Euro auf einmal ist nicht optimal und sollte überarbeitet werden, um eine gezieltere und bedarfsgerechtere Nutzung sicherzustellen und vielen Frauen die Nutzung des Angebots zu ermöglichen.

SPD/Volt-Fraktion

Verena Dietl

Lena Odell
Micky Wennatz
Christian Vorländer
Cumali Naz
Nikolaus Gradl
Felix Sproll

Mitglieder des Stadtrates

A
N
T
R
A
G



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 19.03.2025

Antrag

Die LHM verlässt die Social Media Plattform X

Begründung:

Die Landeshauptstadt München sollte X verlassen, weil die Plattform zunehmend zur Verbreitung von Desinformation, Hassrede und extremistischen Inhalten beiträgt. Eine Stadtverwaltung hat die Verantwortung, in einem respektvollen, faktenbasierten und demokratischen Umfeld zu kommunizieren – Bedingungen, die auf X immer weniger gegeben sind.

Durch einen geplanten und strategischen Ausstieg kann München zeigen, dass es nicht nur eine digitale Stadt sein will, sondern auch eine, die für demokratische Werte und soziale Verantwortung steht.

Seit der Übernahme von X (ehemals Twitter) durch Elon Musk im Jahr 2022 haben zahlreiche prominente Persönlichkeiten und Organisationen, darunter viele Hochschulen und Organisationen die Plattform verlassen.

Auch die Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung Ferda Ataman hat u.a. die Bundesregierung aufgerufen, das soziale Netzwerk X zu verlassen.

Initiative:

Dirk Höpner
Stadtrat

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 19. März 2025

Anfrage

Was passiert mit der Siedlung der Münchner Wohnen an der Staltacherstraße?

Bewohner*innen aus der Reihenhaussiedlung der Münchner Wohnen an der Staltacherstraße nördlich der Bernriederstraße (Hausnummern Staltacher Straße 6 – 40 und 5 – 41 und Kohlgruber Straße 1d, 1e und 1f) im Stadtbezirk Sendling-Westpark haben uns mit der Sorge kontaktiert, dass die Münchner Wohnen planen würde, diese Häuser abzureißen. Bei der Siedlung handelt es sich um eine Kleinwohnungs-Versuchskolonie, die 1920 von der GWG gebaut wurde, um die drängende Wohnungsnot zu bekämpfen¹.

Die Informationen für den Abriss haben die betroffenen Mieter*innen über verschiedene Wege erhalten. Auch gibt es hier zwei leerstehende Reihenhäuser. Dies sind die Hausnummern 27 (Leerstand seit 2,5 Jahren) und 15 (Leerstand seit Januar 2025). Anstelle von Gerüchten brauchen die Mieter*innen Klarheit, wie es mit ihrer Siedlung weitergeht.

Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was sind die Pläne der Münchner Wohnen mit der Siedlung an der Staltacherstraße nördlich der Bernriederstraße?
2. Gibt es Pläne, die Siedlung an der Staltacherstraße nördlich der Bernriederstraße abzureißen? Wenn ja, durch welche Bebauung soll die Siedlung ersetzt werden? (Stockwerke und Quadratmeter Wohnfläche)
3. Falls es zur Generalsanierung oder zum Abriss kommt, welche Zwischenlösungen werden den Mieter*innen angeboten?
4. Wieso existieren in der Siedlung an der Staltacherstraße nördlich der Bernriederstraße Leerstände?

Initiative:
Stadtrat Stefan Jagel
Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:
Stadträtin Marie Burneleit
Stadtrat Thomas Lechner

¹ https://lhm.muenchen.swm.de/dam/jcr:6663780c-259d-47a8-add0-f3aee1515136/KGP_07_Screen.pdf



Die PARTEI

Stadtratsfraktion München

An den Oberbürgermeister
Herr Dieter Reiter
80331 München

München, 19. März 2025

Antrag

Arbeit der Gleichstellungskommission im Ratsinformationssystem sichtbarer machen

Das IT-Referat wird beauftragt, eine Lösung zu finden, die Auffindbarkeit und Sichtbarkeit der Arbeit der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen* im Ratsinformationssystem zu erhöhen. Wege dazu wären eine bessere Verschlagwortung der bearbeiteten Empfehlungen der Stadtratskommission und eine Verlinkung auf der Seite stadt.muenchen.de/infos/frauengleichstellungsstelle.

Begründung

Empfehlungen der Gleichstellungskommission sind bis zum Zeitpunkt der Bearbeitung einer Beschlussvorlage als nicht-öffentlich zu werten. Sobald diese jedoch in einer Beschlussvorlage aufgegriffen werden, sind die Empfehlungen auch öffentlich im RIS zu finden. Zumindest theoretisch, da die Suche unter den Begriffen „Empfehlung Gleichstellungskommission“ oder ähnlichen Suchbegriffen zu keinen konkreten Ergebnissen führt. Die Arbeit der Kommission ist damit kaum sichtbar.

Um die gleichstellungspolitische Arbeit der Kommission sichtbarer zu machen, soll in Abstimmung mit der Gleichstellungsstelle für Frauen* die Verschlagwortung rückwirkend und zukünftig um passende Begriffe erweitert werden. Eine Verlinkung der bearbeiteten Empfehlungen in das Ratsinformationssystem auf der Seite stadt.muenchen.de/infos/frauengleichstellungsstelle soll ergänzend geprüft werden.

Initiative:

Stadträtin Marie Burneleit

Stadträtin Brigitte Wolf

Gezeichnet:

Stadtrat Stefan Jagel

Stadtrat Thomas Lechner

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Mittwoch, 19. März 2025

Terminhinweis

Pressemitteilung MVG

MVG Information für die Medien

19.3.2025

Terminhinweis für Redaktionen und Fotografen

Donnerstag, 27. März 2025, 15 Uhr

U-Bahnhof Harras (Sperrengeschoss West zwischen Aufgang D und F)

Anfahrt: Bus (SEV U6, X30, 53, 54, 132, 134, 157), S-Bahn (S7)

Presseführung zum Stand der Sanierungsarbeiten auf der U6

Im Rahmen einer Führung gibt die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) Pressevertreter*innen die Möglichkeit, sich ein Bild vom Stand der Sanierungsarbeiten auf dem südlichen Abschnitt der U6 zu machen.

MVG-Chef Ingo Wortmann und der Leiter der Verkehrsinfrastruktur, Jan Ebering, geben zunächst einen Überblick über die einzelnen Maßnahmen und führen im Anschluss gemeinsam mit Projektverantwortlichen über den Bahnsteig und durch den Tunnel.

Hinweis: Festes Schuhwerk ist Voraussetzung für die Teilnahme. Vor Ort wird es eine Sicherheitsunterweisung geben und Warnwesten werden verteilt. Aus organisatorischen Gründen wird um Anmeldung bis Mittwoch, 26. März, 17 Uhr unter presse@mvg.de gebeten.

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Ansprechpartner

Pressereferent Bereich MVG
Maximilian Kaltner
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: presse@mvg.de
www.mvg.de

